

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Akademie für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Der Winter steht drohend vor der Tür. Die Erwerbslosigkeit steigt täglich, die Kurzarbeiter mehren sich, die Lebensmittelpreise steigen, die Kohlen sind nicht mehr zu bezahlen, Hungersnot und Kälte werden euch zermürben. Siegestrunken durch die Reichstagswahl, beseitigen die bürgerlichen Parteien, die Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutschsoziale Volkspartei und die Bauernbündler, die Erfassung und Nationalisierung der Lebensmittel. Die Demokraten überbieten selbst die Agrarier, nur um dem freien Handel die Bahn zu ebnet für den Lebensmittelwucher.

Die Anbaufläche für Brotgetreide und Kartoffeln blieb 1919 schon um über 400 000 Hektar hinter der Anbaufläche von 1913 zurück. Die Anbaufläche ist auch in diesem Jahre weiter zurückgegangen. Brauchten wir schon vor dem Weltkrieg die Einfuhr des fünften Teiles unserer Nahrungsmittel, so muß sich der Fehlbetrag jetzt erheblich steigern, weil bei dem Sinken des Marktwertes die Einfuhr von Lebensmitteln erschwert wird und daneben der Anbau von Brotfrucht und Kartoffeln von den Agrariern sabotiert wird. Daneben kommt, durch Mangel an chemischen Düngemitteln, ein Rückgang der Ernteerträge.

Freier Handel kann nur preisentend wirken bei einem Ueberangebot von Produkten, er führt zum Wucher, wenn weniger vorhanden ist als gebraucht wird.

Trotz dieser klaren Sachlage haben die bürgerlichen Parteien geschlossen die Nationalisierung der Kartoffeln aufgehoben, haben den Hafer zum Teil freigegeben und die Fleischbewirtschaftung beseitigt. Der Erfolg macht sich schon jetzt geltend, die Preise steigen außerordentlich! Rechnet doch die bayrische Regierung mit einem Kleinhandelspreis von 20 M. für das Pfund Schweinefleisch und 17 M. für das Pfund Rindfleisch — als Frucht des freien Handels.

Im freien Handel soll das Angebot und Nachfrage den Preis regeln. Während die Agrarier auf der einen Seite die Zwangsbewirtschaftung beseitigen, halten sie sich aber an die vor der Aufhebung der Nationalisierung festgesetzten Höchstpreise. Verlangen sie doch für den Zentner Kartoffeln 25 M., dazu 5 M. Lieferungsprämie und 1.75 M. Vermittlungsgebühr und Spesen. Das ist ein Erzeugerpreis von 31.75 M., während einflüchtige Landwirte einen Preis von 20 M. pro Zentner selbst unter Berücksichtigung des gesunkenen Geldwertes für ausreichend erachten.

Kartoffeln werden aber jetzt schon zu weit höherem Preise, trotz aller Wuchervorschriften und -gerichte, aufgekauft. Der Reiche deckt sich ein, der Arme leidet vor der Gefahr, zu verhungern. In Sachsen ist es schlimmer als in allen anderen Teilen des Reiches, weil Sachsen selbst seine Bevölkerung aus eigener Kraft weder mit Brot, noch mit Kartoffeln oder Fleisch versorgen kann.

Arbeiter! Die steigende Wirtschaftskrise setzt Hunderttausende Arbeiter erwerbslos auf die Straße, die Agrarier treiben, unterstützt von allen bürgerlichen Parteien, Wucher mit den Lebensmitteln und das Unternehmertum sucht die Arbeitslöhne und damit eure Lebenshaltung herunterzubringen. Zwischen den Mühlsteinen kapitalistischer Ausbeuter- und Wuchererinteressen sollt ihr zerrieben werden. Wollt ihr euch das widerstandslos gefallen lassen?

Gewiß, die planmäßige Regelung des Anbaues von Brotgetreide und Kartoffeln, die richtige Einstellung der Viehproduktion und Preisfestsetzung ist nur zu erreichen, wenn die politischen Machtverhältnisse verändert werden, wenn die Arbeiter die Bergesellschaftung des Großgrundbesitzes durchführen und die Produktion auch in der Landwirtschaft steigern. Aber wollt ihr euch bis dahin als willenlose Ausbeutungsobjekte der Wucherer gebrauchen lassen? Wir sagen: Nein!

Deshalb fordern wir euch auf, eine planmäßige Werbung für die Bergesellschaftung des Großgrundbesitzes vorzunehmen, von der Reichsregierung die Erfassung und Nationalisierung aller wichtigen Lebensmittel unter gleichzeitiger Verbesserung der Organisation zu verlangen und zu fordern, daß die Beschüsse des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages wegen der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Fleisch und Kartoffeln aufgehoben werden.

Höchstpreise sind zu verlangen. Zur Durchführung der Höchstpreise ist eine Ueberwachungsorganisation für das ganze Land zu schaffen, die aktionsfähig gestaltet und mit Vollmachten ausgestattet sein muß.

Wirkt auf die Gemeindevertretungen ein, daß sie sich diese Forderungen zu eigen machen und gegen die Wucherpreise protestieren. Stellt euren Betriebsräten vor, daß sie nicht durch planlosen Einkauf und Preisbewilligungen preistreibend wirken dürfen!

Veranstaltet für diese Forderungen an Werttagen Nachmittagsversammlungen und sorgt, daß diese Versammlungen in nächster Woche tunlichst gleichzeitig veranstaltet werden.

Nieder der Lebensmittelwucher!

Der Landesvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Die italienisch-jugoslawischen Adria-Verhandlungen.

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Rom: Die Adria-Verhandlungen scheinen unter einem unfreundlichen Sterne zu beginnen. Nach einer Stefani-Meldung beharren die Belgrader Kreise auf ihrer Forderung der Wilsonlinie, Fiume und Dalmatien und erwarten von Italien Nachgiebigkeit. Die Mittagsblätter sind hierüber erheblich verärgert. Der Messaggero spricht von jugoslawischem Größenwahn. National Itallano ist gar für vollen Verzicht auf die Verhandlungen, zumal Trumbitsky auch in der Stupscina italienfeindliche Erklärungen abgegeben und in der Adria absolute Gleichstellung für Jugoslawien verlangt habe. Italiens Antwort müsse darin bestehen, daß es einfach in Afrika und Dalmatien festsetze bleibe.

Die neue Regierung der Tschecho-Slowakei.

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Botsche Zeitung meldet aus Prag: Das neue Kabinett der tschecho-slowakischen Republik hat sich heute den Parteien vorgestellt. Der Chef des Kabinetts, Cerny, gab eine lange, inhaltlich wenig aufschlußreiche Regierungserklärung ab, der zufolge die Ziele des neuen Ministeriums sind: Tatkraftige Arbeit zugunsten aller, besonders der wirtschaftlich schwächeren Klassen; ungekürzte demokratische und soziale Entwicklung im Inneren; Ruhe und Ordnung nach außen.

Nach diesen allgemeinen Wendungen folgte die Andeutung einer Veränderung des politischen Programms. Die Regierung will die Macht über die von den Gemeinden abhängige Polizei; sie will weiter dafür sorgen, daß die parteipolitische Propaganda aus dem Heere verschwinden werde (eine Maßnahme, die sich vornehmlich gegen die Sozialdemokratie wendet); sie kündigt ferner eine nahe bevorstehende Verstaatlichung der Privatbahnen an; sie verspricht endlich, die Betriebe zu sozialisieren, die „bajärrei“ seien. Vermutlich versteht sie darunter die Bergwerke und Eisenhütten, auf deren Sozialisierung schon das erste und zweite Kabinett Tuzar hingearbeitet habe.

Die Ausschüsse nahmen die Regierungserklärung ohne Debatte zur Kenntnis.

Neue Enthüllungen über den ungarischen Korruptionsfonds.

Wien, 29. September. (L. V.) Die Arbeiter-Zeitung setzt heute die Veröffentlichung von Dokumenten, die aus der ungarischen Gesandtschaft stammen, fort. Aus einem Briefe des Pressescheffs der ungarischen Gesandtschaft, Reich, an den Pressescheff des ungarischen Ministeriums des Innern, Eckhardt, geht hervor, daß Dr. Reich bemüht war, der Wiener Reichspost einen Betrag von einer Million Kronen ungarisches Geld in der Form zuzuwenden, daß die Hilfsaktion in der allerbesten Form gehandhabt werde und die eigentliche Geldquelle unter allen Umständen ein Geheimnis bleibe. Dr. Reich schlägt vor, daß ein hoher geistlicher Würdenträger der Reichspost eine Million schenken würde, wofür eine andre Form der Unterstützung die Interessen, denen das Blatt dient, nur schädigen könnte. Die Arbeiter-Zeitung polemisiert mit dem Wiener ungarischen Gesandten und beharrt darauf, daß alle von ihm veröffentlichten Dokumente echt sind. Zum Beweise dieser Tatsachen veröffentlicht die Arbeiter-Zeitung heute wieder eine Reihe von Faksimileakten.

Budapest 29. September. Im Ausschuss kam sowohl Ministerpräsident Graf Teleki als auch Außenminister Graf Csaky auf die Veröffentlichung der Wiener Arbeiter-Zeitung zu sprechen, die beweisen wollte, die ungarische Regierung hätte sich in österreichische innere Verhältnisse eingemischt. Beide Minister bezeichneten die veröffentlichten Akten als plumpe Fälschung. (?) Es handelte sich offenbar um eine Wahlache (?) gegen die Christlichsozialen in Oesterreich. Der ungarische Gesandte habe gegen die unbekanntem Täter, die die Fälschung verübt hätten, Anzeige erstattet.

Verhinderter Waffenchiebung nach der Tschecho-Slowakei.

Gera, 30. Sept. (L. V.) Auf dem Bahnhof in Gera haben die Eisenbahner drei Waggons mit Artillerie- und Infanteriegeschossen angehalten, die von einer Berliner Firma als Altteilen von Hannover über Eger nach der Tschecho-Slowakei verschoben werden sollten.

Die Agrarfrage und die 3. Internationale.

Von Karl Marchionini.

Die 3. Internationale hat auch Leitfäden über die Agrarfrage aufgestellt, die selbstverständlich für die Parteien bindend sind, die sich ihr anschließen. Sie sind recht ausführlich gehalten und sehr auslegungsfähig. Wegen einer Reihe Gedankengänge ist nichts einzuwenden. Sie stimmen mit den Auffassungen überein, die bisher in der U.S.P. herrschten. Einige Thesen sind bedenklich, und andre müssen von jedem Marxisten rundweg abgelehnt werden.

In den Leitfäden wendet man sich gegen die Opportunisten der 2. Internationale, die für eine Verständigung mit der Bourgeoisie einschließlich der großen und mittleren Bauernschaft wären. Wer im Glashause sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, denn gerade die 3. Internationale bewegt sich auf dem Gebiete der Agrarfrage in opportunistischen Bahnen. Zwar erkennt sie für die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder es als richtig an, den landwirtschaftlichen Großbetrieb vorwiegend beizubehalten (die Einschränkung „vorwiegend“ ist schon beachtend!), aber sie kann auch anders. So sagt sie unter anderem:

„In Ländern und Gebietsteilen, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb eine relativ geringe Rolle spielt, dagegen eine große Anzahl kleinbäuerlicher Besitzer bestehen, die danach trachten, Land zu erhalten, kann die Verteilung des Landes der Großbesitzer als das sicherste Mittel erweisen, die Bauernschaft für die Revolution zugewinnen, während die Erhaltung des Großbetriebs nicht von besonderer Bedeutung für die Versorgung der Städte ist.“

Vorher wird ausgeführt, die Erhaltung der ländlichen Großbetriebe wäre am besten die Interessen der revolutionären Schicht der Landbevölkerung, und die Nationalisierung der Großbetriebe mache die städtische Bevölkerung wenigstens teilweise in der Versorgungsfrage unabhängig von der Bauernschaft. Einige Zeilen weiter wird aber gesagt, die Erhaltung des Großbetriebs sei nicht von besonderer Bedeutung für die Versorgung der Städte.

Das sind bedeutsame Widersprüche! Weiter wird dargelegt, daß da, wo die Aufteilung des Großgrundbesitzes eintrete, in erster Linie die Interessen der ländlichen Proletarier gewahrt werden müßten. Wie das gemacht werden soll, wenn die Kleinbauern das Land der Großbesitzer erhalten, wird nicht näher erörtert. Und doch soll gerade darüber Klarheit geschaffen werden, denn sonst gewinnt man wohl landhungrige Bauern für die Revolution; die Landarbeiter aber treibt man ins gegnerische Lager, wenn man ihnen nicht sagt, was aus ihnen wird, wenn der Großbesitz, auf dem sie bisher tätig waren, aufgeteilt wird. Die Kleinbauern, die zu mehr Land kommen, werden sich weigern, sie zu übernehmen. Und selbst wenn die Arbeiter in die kleineren Betriebe übergehen, so verschlechtert sich ihre Lage dadurch, daß sie bei der Arbeit auf technisch hochwertige Maschinen zum Teil verzichten müssen.

Doch betrachten wir näher die Frage der Aufteilung des Großgrundbesitzes. In Deutschland ist die Zerstückelung der ländlichen Großbetriebe von jedem Marxisten abgelehnt worden. Selbst in den Kreisen der Rechtssozialisten wird sie als ein Verhängnis erklärt. Die Aufteilung der Großbetriebe ist keine sozialistische, sondern eine kleinbürgerliche Politik.

Man wird einwenden, daß die Aufteilung ja nicht die Regel sein, sondern nur dort zugelassen werden soll, wo sie die Revolution fördert und wo wenig Großbesitz vorhanden ist. Da muß gesagt werden, daß gerade in jenen Gebietsteilen der Großgrundbesitz erhalten werden muß. Denn er soll technisch ausgestattet und auf die höchste Stufe der Entwicklung gebracht werden, um den Bauern einen Anschauungsunterricht über moderne sozialistische Produktion zu bieten und sie zu veranlassen, allmählich ihre Produktion in dieser Weise umzugestalten. Nur so kommen wir doch vorwärts. Die Aufteilung der Großbetriebe ist für fortgeschrittene kapitalistische Länder ein Rückschritt übelster Art, für den kein wirklicher Sozialist sein kann.

Die Verfasser der Thesen stehen zweifellos unter dem Eindruck der russischen Verhältnisse. Hier war der Drang der Bauern nach mehr Land ein ganz verständlicher. Umfaßte doch der Großgrundbesitz im europäischen Rußland (ohne Staats-, Klöster- und Städtegrund) 99 000 000 Hektar, gleich 2,1 Prozent der Gesamtfläche, während die 80 Millionen Bauern auf nur 145 300 000 Hektar, gleich 3,3 Prozent der Gesamtfläche saßen. Ihr Bestreben war seit vielen Jahrzehnten auf mehr Land gerichtet, und als die Revolution ausbrach, griffen sie zu. Der Sozialismus hatte ihnen keine großen Vorteile zu bieten. Ja, wenn eine hochentwickelte Industrie vorhanden gewesen, wenn sofort moderne Betriebsmittel den Bauern hätten zur Verfügung gestellt werden können, dann hätte die Kollektivwirtschaft sich mehr Freunde erworben. Doch das alles fehlte. Es ist natürlich völlig verkehrt, in Deutschland die Nase zu rümpfen und zu sagen: Die Russen haben noch keinen Sozialismus. Sie können ihn